

OA-Update, 30.09.2020

Südosteuropa



Die Corona-Pandemie bestimmt auch in Südosteuropa weiterhin Politik und wirtschaftliche Entwicklung. Wie auch in anderen Ländern Europas verzeichnen wir stetig steigende Neuinfektionen. Nach den Parlamentswahlen in Montenegro, die am 30. August in einem Sieg für die Oppositionsparteien resultierten,

konnte dort die Regierungsbildung inzwischen abgeschlossen werden. In Rumänien haben die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 27. September für Überraschungen gesorgt. Auch in Bosnien und Herzegowina und Moldau blicken wir auf Wahlkämpfe im Schatten der Pandemie. Währenddessen geben die aktuellen Handelszahlen Anlass für verhaltenen Optimismus. Wie schon im Juni deuten auch die bilateralen Handelszahlen mit den südosteuropäischen Ländern im Juli eine vorsichtige Entspannung an. Im Expertengespräch mit Klaus Günter Deutsch, Abteilungsleiter Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik im BDI, gab es am 22. September Gelegenheit, sich über den aktuellen Diskussionsstand zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und den beschlossenen Wiederaufbaufonds „EU Next Generation“ auszutauschen.

Folgende Themen finden Sie im neuen Update:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Die wirtschaftliche Lage Südosteuropas steht noch immer bzw. wieder ganz im Zeichen der Pandemie. Die **Zahl der Corona-Neuinfektionen** steigt in allen südosteuropäischen Ländern aktuell an. Ab dem 1. Oktober wird die Bundesregierung von einer kategorischen Reisewarnung für alle Drittstaaten ab- und zu Einzelfallentscheidungen übergehen. Allerdings ist eine Aufrechterhaltung der Reisewarnung für die Länder des Westlichen Balkans wahrscheinlich. Inzwischen sind auch weitere Teile Rumäniens, Bulgariens und Kroatiens sowie erstmalig Regionen in Slowenien als Risikogebiete ausgewiesen worden. Die „epidemiologische Notlage“ wurde in Bulgarien bis zum 30. November verlängert. Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand der Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der Ost-Ausschuss in seinem regelmäßig aktualisierten [Corona-Dossier](#).

In **Montenegro** kam es nach dem historischen Wahlabend am 30. August, an dem die DPS, die Partei des seit drei Jahrzehnten herrschenden Präsidenten Milo Djukanovic, die Mehrheit verlor, zur Regierungsbildung. Das 3-Parteien-Bündnis „Für die Zukunft Montenegros“ kommt auf eine hauchdünne Mehrheit von 41 von 81 Sitzen im Parlament und benannte am 23. September nach der Konstituierung des Parlaments seinen Spitzenkandidaten Zdravko Krivokapic zum neuen Ministerpräsidenten. In einem [Interview](#) mit der Deutschen Welle unterstrich Krivokapic, dass seine Regierung den pro-europäischen, multikulturellen und multiethnischen Weg als NATO-Partner weitergehen wird. Als Zeichen dieses pro-europäischen Kurses empfing der neue Parlamentspräsident Aleksa Becic als ersten Gast Oana-Cristina Popa, Chefin der EU-Delegation in Montenegro. Als Signal an die Bevölkerung verabschiedete das Kabinett als erste Amtshandlung Maßnahmen zur Stützung des Tourismussektors.

In **Rumänien** sorgten die Ergebnisse der landesweiten Kommunalwahlen am 27. September für Überraschungen. Die regierende nationalliberale PNL von Ludovic Orban konnte einige Bezirke, die traditionell an die sozialdemokratische PSD unter dem neu gewählten Parteichef Marcel Ciolacu gingen, für sich gewinnen. Außerdem zogen die reformwilligen Liberalen in viele Rathäuser in Großstädten ein. Die progressive USR-PLUS (Union Rettet Rumänien) brachte sich als drittstärkste Kraft in Stellung. Mehr Details zu den Wahlergebnissen finden Sie [hier](#) bei Romania Insider. Die Kommunalwahlen gelten als wichtiger Stimmungsindikator für die Parlamentswahlen, die Anfang Dezember stattfinden sollen. Nachdem die PSD bei der Parlamentswahl 2016 über 45 Prozent der Stimmen einfuhr, verlor sie durch Abspaltungen, Versuche des Abbaus von Rechtsstaatlichkeit und verschiedene Regierungskrisen ihren Koalitionspartner. Anfang November 2019 beauftragte Präsident Klaus Iohannis die PNL unter Ludovic Orban mit der Regierungsbildung. Die Konrad Adenauer Stiftung veröffentlichte im Vorfeld der Kommunalwahlen eine [Analyse der aktuellen politischen Situation](#). Aktuelle Umfrageergebnisse zur anstehenden Parlamentswahl, die Politico veröffentlicht hat, legen nahe, dass die regierende PNL mit über 33 Prozent ähnlich wie bei der Kommunalwahl deutlich vor der PSD mit 23 Prozent abschneiden würde. Die Zahlen finden Sie [hier](#).

Die Proteste gegen die Regierung in **Bulgarien** dauern an. Inzwischen bekommen die Demonstranten Unterstützung von den intellektuellen Eliten des Landes. [Radio Bulgaria](#) berichtet von über 73 Wissenschaftlern von über 60 Universitäten, die sich in einem offenen Brief mit den Protesten solidarisierten. Derweil fallen die neuen Wirtschaftsprognosen der bulgarischen Zentralbank deutlich negativer aus als die Prognosen anderer Institute. Nachdem das bulgarische BIP im ersten Halbjahr 2020 um 8,5 Prozent sank, rechnen die Ökonomen der Zentralbank für 2020 insgesamt mit einem Rückgang zwischen 4,1 und 13,1 Prozent, berichtet die [GTAI](#). Demnach werde sich die bulgarische Wirtschaft erst in zwei Jahren erholen haben. Mit voraussichtlich 2,8 Prozent des BIP ist Bulgarien allerdings der einzige EU-Mitgliedsstaat, dessen Haushaltsdefizit das Konvergenzkriterium von maximal drei Prozent nicht überschreitet.

In **Albanien** gehen die Diskussionen zwischen Opposition und Regierungsparteien um die Wahlrechtsreformen weiter. Die Wahlrechtsreform ist mit Blick auf die Ende April 2021 angesetzten Parlamentswahlen wichtig. Die EU beobachtet zudem die Entwicklungen vor dem Hintergrund der anstehenden Eröffnung der Beitrittsverhandlungen weiterhin kritisch. Eine ausführliche Zusammenfassung der aktuellen Diskussion finden Sie [hier](#) auf der Seite der Tirana Times. Unterdessen hat der Internationale Währungsfonds Ende September ein Post-Program-Monitoring-Team nach Albanien entsandt. Das Team empfiehlt Anpassungen des albanischen Steuersystems, um die Einnahmen deutlich zu erhöhen, gerade mit Blick auf die Folgen des Erdbebens im November 2019 sowie die hohen Ausgaben, die im Rahmen der Pandemieeindämmung entstehen. Den Bericht gibt es [hier](#).

Am 4. Oktober finden in **Bosnien und Herzegowina** Kommunalwahlen statt. Diese sind wichtig, da das Land von einer komplexen Struktur mit einer Vielzahl von Verwaltungseinheiten geprägt ist.

Am 1. November 2020 finden Präsidentschaftswahlen in **Moldau** statt. Im Lichte der politischen Spannungen im Parlament vor dem Hintergrund der engen Mehrheitsverhältnisse richten sich nun alle Augen auf den Präsidentschaftswahlkampf. Aktuelle Umfragen deuten darauf hin, dass es nach dem ersten Wahlgang voraussichtlich zu einer Stichwahl zwischen Amtsinhaber Igor Dodon von der Partei der Sozialisten (PSRM) und der Oppositionspolitikerin Maia Sandu, Vorsitzende der Partei Aktion und Solidarität (PAS), kommen wird. Sandus Bedingungen sind allerdings erschwert, da die mediale Berichterstattung ungleich verteilt ist. Das Auslandsbüro der Konrad Adenauer Stiftung in Moldau ordnet für Sie [hier](#) die politische Situation in Moldau ein. In einem Corona-Special analysiert die [GTAI](#) die wirtschaftliche Situation in Moldau. Insbesondere die Industrie- und vor allem die Textilproduktion leiden unter der verhaltenen europäischen Nachfrage.

Konjunktur

Von Januar bis Juli 2020 ist der **deutsche Handel mit den elf südosteuropäischen Ländern** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 14,4 Prozent gesunken. Dies zeigen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, die der Ost-Ausschuss jetzt ausgewertet hat. „Der coronabedingte Einbruch im zweiten Quartal bleibt eine Hypothek, aber der

Aufholprozess gewinnt deutlich an Fahrt. Darauf deuten die Zahlen für den Monat Juli hin.“, so kommentiert Oliver Hermes, Vorsitzender des OA. Während der Handel mit Südosteuropa noch im Juni um 11,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückging, sanken die Umsätze im Juli nur noch um 9,9 Prozent. Hermes hofft daher, „dass der Aufholprozess im Schlussquartal 2020 nicht durch eine zweite große Corona-Welle gefährdet wird“. Das vollständige Statement sowie die aktuellen Handelszahlen finden Sie [hier](#).

Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Am 23. September startete nach Corona-bedingter mehrmonatiger Verzögerung der 17. Durchgang des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans (ZDS). 49 Stipendiaten aus Kroatien und den sechs Ländern des Westlichen Balkans Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien absolvieren hierzu zunächst unter Einhaltung aller vorgeschriebenen Quarantäne- und Hygienemaßnahmen ihre Einführungswoche am Werbellinsee in Brandenburg. Kurz darauf werden sie ihre mehrmonatige Tätigkeit in über 40 Unternehmen in Deutschland aufnehmen. Weitere sieben Stipendiaten kommen ab Januar 2021 hinzu.

Inzwischen sind die ersten Stipendiaten des neuen Jahrgangs bereits in Deutschland eingetroffen. Dies kommentiert der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes folgendermaßen:

„Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, trotz der massiven Einschränkungen durch die Corona-Pandemie dieses erfolgreiche Programm fortzusetzen. Wir danken den teilnehmenden Unternehmen für ihre Flexibilität und der Bundesregierung für die tatkräftige Unterstützung, die den großen Stellenwert dieses Nachwuchsprogramms unterstreicht. Das Zoran Djindjic Stipendienprogramm bietet seit nunmehr 17 Jahren jungen Nachwuchskräften aus Ländern des Westlichen Balkans eine praxisorientierte Aus- und Weiterbildung in deutschen Unternehmen. Darüber hinaus ist das Stipendienprogramm ein kleiner, aber nachhaltiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in einer Region, die mit der Abwanderung junger Fachkräfte besonders zu kämpfen hat. Die Teilnehmer tragen ihre in Deutschland erworbenen Fachkenntnisse in die Region und leisten damit einen Impuls zur ökonomischen Entwicklung ihrer Heimatländer. Diese ist heute notwendiger denn je, auch um die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie schnell zu überwinden und den Menschen dort eine tragfähige wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen.“

Die Stipendiaten sind zudem ein wichtiges Bindeglied zur Stärkung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit der Region. Die Unternehmen, von denen viele in der Region aktiv sind, profitieren dabei vom Engagement, dem Fachwissen und den Landeskenntnissen der Stipendiaten. Viele Alumni arbeiten inzwischen für deutsche oder andere internationale Unternehmen in der Region, aber auch für lokale Unternehmen. Der länderübergreifende Ansatz fördert zudem die regionale Kooperation und schafft durch das Alumni-Programm mit inzwischen mehr als 770 Young Professionals dauerhafte Netzwerke.“

Hintergrund

Das ZDS wurde 2003 auf Initiative des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiiert. Der Grundgedanke bestand darin, die demokratische Vision des 2003 ermordeten serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic zu bewahren, für den junge Menschen und ihre Ausbildung, Erfahrung und Motivation das größte Potenzial eines Landes darstellten. Das Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans wird im Auftrag des BMZ durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchgeführt. Federführend in der Umsetzung ist der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. in Kooperation mit der Zoran Djindjic Stiftung.

Weitere Informationen zum Programm gibt es [hier](#).

Bei Interesse an der Lebenslaufdatenbank und potenziellen Arbeitnehmern in der Region, die bereits in Deutschland ausgebildet wurden, bitten wir interessierte Unternehmen sich direkt an Antje Müller (a.mueller3@bdi.eu) zu wenden.

Veranstaltungsnachlese

Ost-Ausschuss **Expertengespräch zum EU-Budget** - Die mittel- und südosteuropäischen Partnerländer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft dürften zu den größten Profiteuren des neuen EU-Haushalts gehören. Die aus EU-Mitteln ko-finanzierten Investitionen zählen in der Regel neben der starken Binnennachfrage sowie steigenden Exporten zu den Wachstumsmotoren in den Netto-Empfängerländern. Grund genug, die Chancen für die deutsche Wirtschaft durch den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 - 2027 und den Wiederaufbaufonds (Next Generation) der EU in den Mittelpunkt eines Ost-Ausschuss-Expertengesprächs zu stellen. Als Impulsgeber der Video-Konferenz, die am 22. September stattfand, standen Klaus Günter Deutsch, Abteilungsleiter Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik im BDI, und Malte Weißhaar, Referatsleiter Steuern in der EU, EU-Haushalt, Energiesteuern des DIHK-Büro Brüssel, zur Verfügung. [Hier](#) geht es zum Veranstaltungsbericht auf unserer Website.

Kommende Veranstaltungen

- **Anfang Oktober 2020:** Beginn der Praktika der 17. Generation des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft
- **6. - 8. Oktober 2020:** Global Infrastructure Forum “Building a Resilient Future Post COVID-19-MDBs’ role in delivering sustainable infrastructure in the COVID-19 era” (verschiedene Webinare organisiert von der IPFA und ausgerichtet von der EBRD), mehr Infos finden Sie [hier](#).
- **Mitte Oktober 2020:** “Post-Covid-19: Economic Outlook for the Western Balkans”, Panel-Diskussion zu Investitionsaussichten für die Region, ausgerichtet von der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) und dem Ost-Ausschuss
- **27. Oktober 2020:** Expertengespräch Serbien, Gemeinsame Veranstaltung des Aspen Institutes Deutschland und des Ost-Ausschusses (Weitere Information folgen mit der Einladung.)
- **28. bis 30. Oktober 2020:** SAVE THE DATE Internationale Konferenz zum Thema „Young People, Migration, and the Demographic Challenge in the Western Balkans“, veranstaltet vom Auswärtigen Amt, der Südosteuropa-Gesellschaft und dem Aspen Institute Germany im Rahmen der Deutschen Präsidentschaft im Europäischen Rat. Bei Interesse an einer Teilnahme senden Sie bitte eine E-Mail an info@sogde.org mit Betreff „Interesse Migrationskonferenz“; Sie erhalten dann zu gegebener Zeit ein Programm und weitere Informationen.
- **11. November 2020:** Sitzung des Länderarbeitskreises Südosteuropa im hybriden Format in Berlin (Weitere Details folgen mit der Einladung.) **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **24. – 26. November 2020:** Macedonian Manufacturing Expo, B2B-Event veranstaltet von der Macedonian Association of Metal & Electrical Industry (MAMEI) in Kooperation mit der AHK Mazedonien und unterstützt vom Ost-Ausschuss. (Den Link zum Event finden Sie [hier](#) sowie auf unserer Website)

Tipps & Links

Die staatliche chinesische Import-Export-Bank unterstützt den **Ausbau des serbischen Autobahnnetzes** mit 606 Millionen Euro im Rahmen der neuen Seidenstraße. Die Bauarbeiten sollen schon nächstes Jahr beginnen. Mehr Infos gibt es [hier](#).

Kritisch ist die Rolle der bulgarischen Regierung mit Blick auf die **EU-Erweiterungspolitik**. Sie fordert die anderen EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien zu stoppen. Experten schätzen, dass die Auseinandersetzung der beiden Länder noch folgenreich werden könnte. Mehr Infos hat die Deutsche Welle [hier](#) für Sie.

Der EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi betonte unterdes in einem Interview: „**The choice of a country to join the European Union must be serious.** This is only possible with real reforms in the candidate countries, which they know“. European Western Balkan berichtet [hier](#).

Am 25. September genehmigte der Europäische Rat 87,4 Milliarden Euro im Rahmen des **SURE-Kurzarbeiterprogramms**, das auch den südosteuropäischen EU-Staaten zugute kommen wird. Mehr Infos gibt es [hier](#).

Im Verlauf der Corona-Pandemie hat **Serbien** ein Äquivalent von 510.000 Vollzeitstellen verloren. Die umfangreichen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung hätten die weitere Verbreitung von Armut erfolgreich unterbinden können. Zu diesem Fazit kam ein von der EBRD und der ILO gemeinsam veröffentlichter [Bericht](#).

Vom 21. - 23. September fand die sechste Regionalkonferenz “Move. Link. Engage” in Belgrad statt. Der Fokus lag dieses Jahr auf den EU-Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, dem Recovery Plan und der Erweiterungsperspektive des Westlichen Balkans. Ziel der jährlichen Konferenz ist es, EU-Vertreter mit Vertretern des Westlichen Balkans aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und den Medien zusammenzubringen. European Western Balkans berichtet [hier](#).

In einem neuen Arbeitspapier hebt das **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche** die Rolle der regionalen Kooperation und des freien Handels der Länder des Westlichen Balkans hervor und kritisiert, dass eine aktuelle Strategie der EU im Umgang mit dem Westlichen Balkan längst überfällig ist. Das Paper finden Sie [hier](#).

Weitere Hintergrundinformationen zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)

- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Moldau](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)



Anja Quiring
Regionaldirektorin Südosteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T: +49 30 206 167 130
E: a.quiring@bdi.eu



Antje Müller
Programmdirektorin
Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für
die Länder des Westlichen Balkans
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.
T. +49 30 206167-137
E: a.mueller3@bdi.eu



Karen Kümpel
Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.
T. +49 30 206167-131
E: k.kuempel@bdi.eu

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.oaoev.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)